

**Protokoll**

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 16. April 2007

**Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.**

**7. Sitzung vom Montag, 16. April 2007, 19.00 bis 21.50 Uhr, im reformierten  
Kirchgemeindehaus**

<b>Anwesend:</b>	<b>Gemeinderat</b> 26 Mitglieder
	<b>Stadtrat</b> Walter Baur Walter Bosshard, Stadtpräsident Mark Eberli Hanni Guyer Jürg Hintermeister Hanspeter Lienhart Max Nievergelt Ruth Ledergerber, Stadtschreiberin Christian Mühlethaler, Stadtschreiber-Stv.
<b>Entschuldigt:</b>	Manuela Meier Heinz Kousz
<b>Vorsitz:</b>	bis Traktandum 2a): Rosa Pfister-Kempf ab Traktandum 2b): Jürg Rothenberger
<b>Protokoll:</b>	Roger Suter, Ratssekretär
<b>Weibeldienst:</b>	Gino Taiana, Stadtweibel

**Die Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung.

**Traktandenliste**

Am 7. April 2007 ging von Jakob Briner und Mitunterzeichnern eine Interpellation betr. Pflegezentrum Bülach ein. Da die Interpellation mehr als 8 Tage vor der Ratssitzung eingereicht wurde,



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

ist sie gestützt auf Art. 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung als Nachtrag auf die Traktandenliste zu setzen. Sie wird als 5. Traktandum behandelt. Im Übrigen werden gegen die rechtzeitig zugestellte Traktandenliste keine Einwände erhoben. Somit lautet die

### **Traktandenliste:**

1. Protokoll der Sitzung vom 12. März 2007
2. Wahlen
  - a) Präsident/in des Gemeinderates
  - b) 1. Vizepräsident/in
  - c) 2. Vizepräsident/in
  - d) 3 Stimmzähler/innen
  - e) Wahlen in Fachkommissionen
3. Postulat Priska Studer-Hinnen und Mitunterzeichner betr. Wegwerfen von Kleinabfällen – Begründung
4. Postulat Fritz Münger und Mitunterzeichnerin betr. Kulturkonzept – Begründung
5. Interpellation Jakob Briner und Mitunterzeichner betr. Pflegezentrum Bülach – Begründung
6. Einbürgerungsgesuche
  - a) Speranza-Pandolfo Giovanni und Maria Immacolata (Italien)
  - b) Bajra-Sakiri, Spetim und Scipe, mit Rexhep und Mikail (Mazedonien)
  - c) Nayir Esma und Okan, mit Eylem und Arda (Türkei)
  - d) Ramic-Slijivar, Hase und Seka, mit Nejla und Amar (Bosnien und Herzegowina)
  - e) Zivanovic-Milojkovic, Vladan und Ivana, mit Jovana und Stefan (Serbien und Montenegro)
7. Information zum Thema Extranet für den Gemeinderat
8. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
9. Diverses

### **Eingang von persönlichen Vorstössen**

Postulat Fritz Münger und Mitunterzeichnerin vom 2. April 2007 betr. Kulturkonzept. Wortlaut:  
„Der Stadtrat ist eingeladen, die Erarbeitung eines Kulturkonzepts zu prüfen, welches unter anderem auch die bisherigen Leistungen von Guss 81–80 berücksichtigt.“

*Gestützt auf Art. 46 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wurde das Postulat zur Behandlung auf die heutige Traktandenliste gesetzt.*



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

Interpellation Jakob Briner und Mitunterzeichner vom 5. April 2007 betr. Pflegezentrum Bülach. Wortlaut: „Im Zusammenhang mit der auf den 19. April 2007 verschobenen ausserordentlichen Delegiertenversammlung des Krankenheimverbandes Zürcher Unterland und dem Antrag der Betriebskommission, die Projektierungsarbeiten am Pflegezentrum Bülach einzustellen und stattdessen der Auslösung der Projektierung eines neuen Pflegezentrums in Embrach zuzustimmen, stellen sich folgende Fragen, da dieser Antrag in der Bülacher Bevölkerung verständlicherweise grosse Besorgnis ausgelöst hat:

1. Wie stellt sich der Stadtrat zu diesem Antrag?
2. Welches wären die Auswirkungen eines solchen Entscheides auf die Betreuung alter Menschen in Bülach?
3. Welche Möglichkeiten bestehen nach einer allfälligen Zustimmung der Delegiertenversammlung zu einem solchen Antrag, die Pflege alter Menschen in Bülach sicherzustellen?“

*Gestützt auf Art. 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wurde die Interpellation als Nachtrag auf die heutige Traktandenliste gesetzt.*

Motion Andrea Schmidhauser und Milos Alincic sowie Mitunterzeichner vom 11. April 2007 betr. Kulturkonzept. Wortlaut: „Der Stadtrat erstellt ein umfassendes Kulturkonzept. Darin sind auch die finanziellen Leistungen der Stadt zu regeln.“

*Gestützt auf Art. 48 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird die Motion zur Behandlung auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.*

Traktandum 1

### **Protokoll der Sitzung vom 12. März 2007**

---

Das Protokoll der Sitzung vom 12. März 2007 wird einstimmig genehmigt und dem Verfasser verdankt.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

Traktandum 2

### Wahlen

---

#### a) Präsident/in des Gemeinderates

**Die Vorsitzende** beschliesst ihr Präsidialjahr mit folgenden Worten:

„Für mich war das Jahr als Präsidentin eine Zeit voller Emotionen und Erfahrungen. Die Zusammenarbeit mit meinen beiden Vizepräsidenten war immer perfekt. Auch die Unterstützung von Roger Suter war einfach spitze. Im Jahr als höchste Bülacherin hatte ich viele gesellschaftliche Verpflichtungen zu erfüllen. Unvergessen bleibt mir der Besuch bei der Feuerwehr. Die perfekt durchgeführte Übung hat mich sehr beeindruckt. Beim anschliessenden gemeinsamen Abendessen war die gute Kameradschaft richtig spürbar. Die Verabschiedung der Wehrmänner auf dem Flugplatz Dübendorf war ebenfalls sehr imposant. Bei all dem gab es aber auch Momente, in denen ich lieber hinten im Rat gesessen hätte und ich mich hätte zu Wort melden können, zum Beispiel bei der Guss-Debatte. Mit grossem Bedauern habe ich anfangs Februar von der schweren Erkrankung von Heinz Kousz erfahren. Das hiess für mich, eine zusätzliche Sitzung zu leiten und das Amt nicht wie vorgesehen übergeben zu können. Es war für mich eindrücklich, mit welcher Zuversicht Heinz über seine Krankheit redete und mit welchem Optimismus er nach der Operation vorwärts blickte und sich nun als 2. Vizepräsident wieder zur Verfügung stellt. Meine Hochachtung an dich, Heinz! Dir, lieber Jürg, wünsche ich ein erfolgreiches Jahr und ebenfalls tolle Erfahrungen innerhalb und ausserhalb des Parlamentes.“

**Andrea Schmidhauser** schlägt namens der IFK Jürg Rothenberger (FDP) für das Präsidium vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 26 Wahlzetteln 21 Stimmen auf Jürg Rothenberger, auf Einzelstimmen entfallen 3 Stimmen, leer wurden 2 Wahlzettel eingelegt. Somit ist **Jürg Rothenberger** für das Amtsjahr 2007/08 als **Präsident** gewählt.

**Jürg Rothenberger** bedankt sich für das Vertrauen mit folgenden Worten:

„Steigt jemand in die Politik ein, darf er sich auf eine spannende Zeit freuen. Er muss sich aber auch auf ein hartes Los gefasst machen. Denn ein Politiker hat die Aussicht auf nur zwei garantierte Feiertage: Einen am Tag seiner Wahl und einen am Tag seines Rücktritts. Dazwischen geht's hoch und runter, aber weder ganz oben noch ganz unten sind sich alle immer einig, wo oben und wo unten ist. Nur wenige Politiker haben die Aussicht auf einen dritten sicheren Feiertag. Dieses Privileg haben nämlich nur die Präsidenten eines Rates! Sie haben mich soeben für eine einjährige



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

Amtsperiode zu Ihrem Präsidenten gewählt. Für dieses Vertrauen danke ich Ihnen sehr und erkläre hiermit Annahme der Wahl. Ich freue mich auf die neue Herausforderung und werde alles geben, damit ich das Vertrauen, das sie mir entgegenbringen, auch erfüllen werde. Durch diese Wahl entziehen Sie mich etwas dem parteipolitischen Tätigkeitsfeld und geben mir damit auch Gelegenheit, einige Schritte zurückzugehen – quasi „back to the roots“. Es gibt mir die Möglichkeit, wieder mehr Arzt – mehr Doktor – zu sein, ohne gross auf parteipolitische Spielchen oder auf taktische Überlegungen Rücksicht nehmen zu müssen. Dies hat durchaus auch seinen Reiz. Ich möchte aber für dieses Parlament nicht ein Narkosearzt sein. Wird nicht sonst schon genug geschlafen in der Politik, und vor allem bei Wahlen und Abstimmungen? Ich möchte auch nicht Notarzt, Schmerzdoktor oder Intensivmediziner sein. Dies sind alles Teilbereiche meines Faches, die zwar sehr interessant aber auch sehr eingreifend sind. Für dieses Parlament, und damit für alle, möchte ich einfach ein natürlicher Arzt – ein Naturarzt – sein. Denn der beste Arzt ist die Natur. Sie heilt nicht nur viele Leiden, sondern sie spricht auch nie schlecht von einem Kollegen. Ein Arzt als Parlamentspräsident? Hat der überhaupt noch Zeit? Zeit, sich neben dem sonst schon überlangen Spitalalltag noch um die Sorgen und Nöte der Politik zu kümmern? Und erst seit einem Jahr im Parlament – kann der das überhaupt? Ich selbst habe mir natürlich diese Fragen auch gestellt und dabei wieder Zweifel bekommen – soll ich das überhaupt tun? Was bringt mir das, ausser ein bisschen Würde? Und sich von jeder und jedem öffentlich sagen lassen, was für Idioten wir Politiker sind? Solche Anwürfe gehen nicht immer mit einem Lächeln an mir vorbei. Doch dann wuchs der andere „innere Charly“. Doch! Schliesslich wollen viele das Beste und sind auch bereit, Einsatz und Zivilcourage zu zeigen. Und es keimte auch die Erkenntnis: „Wer sich einsetzt, setzt sich aus!“ Das gibt zwar Stress und Belastungen. Aber wir können damit unserem Staat etwas zurückgeben, auf das er angewiesen ist. Und Namen von bekannten Schweizer Politikern kommen mir plötzlich in den Sinn, Namen wie Jost Gross, der Nationalrat, der an einem Parlamentarier-Fussballmatch tot zusammenbrach, Jean-Philippe Maitre, der während seiner Nationalrats-Präsidentschaft an einem Hirntumor erkrankte und kurze Zeit später starb, Kurt Wasserfallen, der Berner Hardliner und, um in der Region zu bleiben, die Lokalmatadorin Regula Mäder, die mit Herz und Seele Politikerin war und vor kurzem von uns gehen musste. Alles Leute – und die Liste liesse sich problemlos verlängern –, die eng mit dem politischen System verbunden waren. Sind diese Menschen vielleicht sogar am System zerbrochen? Und nun erkrankte auch noch der Mann, der dieses Parlament jetzt hätte führen sollen. Heinz Kousz. Und die Frage drängt sich auf: Macht denn Politik krank? Fast wäre man versucht zu sagen: ja. Doch Krankheit und Tod machen vor niemandem Halt, auch nicht vor Politikern. Und trotzdem habe ich mich für das Amt zur Verfügung gestellt. Ich habe im Spital mit Heinz nach seiner Operation lange und gute Gespräche geführt. Heute tritt einer seiner Ärzte an seine Stelle, um ihm die Möglichkeit offen zu lassen, sich später doch noch seinen Wunsch erfüllen zu können. Den Zeitstress nehme ich damit auf mich, auch wenn ich überzeugt bin, dass manchmal weniger mehr wäre. Wir sollten uns mehr auf wichtige, eher grundsätzliche



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

Dinge und Geschäfte konzentrieren können und nicht ständig in den Details rumwühlen. Damit betrieben wir Stressabbau und würden gleichzeitig unsere Koronarien schonen. Für Details haben wir unsere Stadträte und die Verwaltung. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch! Ich meine dies absolut nicht despektierlich. Ich weiss mittlerweile immer besser, was die Damen und Herren im Stadthaus leisten. Hut ab, Chapeau. Aber trotz allem hat sich das Parlament – auf Antrag des Stadtrates wohlverstanden – für ein System, sprich WOV, entschieden, das als anspruchsvollstes aller Systeme gilt. Daran halten wir uns – auch wenn es nicht immer einfach ist!

Nun möchte ich mich aber nochmals dir zuwenden, liebe Rosa. Heute gibst du den Stab weiter und kehrst zurück in den Schoss einer Fachkommission. Du hast in deinem verlängerten Präsidialjahr die Büro- und Parlamentsitzungen zügig, zweckmässig und mit der nötigen Umsicht geführt, wofür wir dir an dieser Stelle alle ganz herzlich danken. Es gehört dazu, dass der Neue dich an dieser Stelle verabschieden darf. Dies mache ich natürlich gerne, nicht weil ich froh bin, dass du endlich gehst und ich den dritten politischen Feiertag begehen kann. Nein, weil wir alle dir von Herzen gönnen, dass du nun wieder etwas mehr Zeit für dich und deine Familie finden kannst. Zusammen mit deinem Mann Felix wirst du in dein geliebtes Unterengadin reisen, genauer nach Scuol, von dem du offenbar sehr angetan bist, um dort ein paar erholsame Tage im Hotel Belvedere zu verbringen. Dafür möchte ich dir im Namen aller Parlamentsmitglieder diesen Gutschein überreichen. Rosa wir danken dir für alles und wünschen uns, dass du noch lange als Ratskollegin unsere Reihen bereichern darfst."

### b) 1. Vizepräsident/In

**Andrea Schmidhauser** schlägt namens der IFK Stefan Schnegg (EVP) als 1. Vizepräsidenten vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 26 Wahlzetteln 24 Stimmen auf Stefan Schnegg, zwei Wahlzettel wurden leer eingelegt. Somit ist **Stefan Schnegg** für das Amtsjahr 2007/08 als **1. Vizepräsident** gewählt.

### c) 2. Vizepräsident/In

**Andrea Schmidhauser** schlägt namens der IFK Heinz Kousz (SVP) als 2. Vizepräsidenten vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 26 Wahlzetteln 24 Stimmen auf Heinz Kousz, zwei Wahlzettel wurden leer eingelegt. Somit ist **Heinz Kousz** für das Amtsjahr 2007/08 als **2. Vizepräsident** gewählt.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

### d) 3 Stimmzähler/Innen

**Thomas Langhart** teilt mit, dass er aus der SVP und deren Fraktion ausgetreten sei. Er bilde fortan eine eigene Fraktion.

Die IFK kann gemäss **Andrea Schmidhauser** keinen Wahlvorschlag für die Stimmzähler unterbreiten.

**Milos Alincic** schlägt namens der SVP-Fraktion Bruno Basler vor.

**Mathias Schwank** schlägt namens der Grünen Fraktion Mike Bader vor.

**Mike Bader** schlägt namens der Grünen Fraktion Thomas Langhart vor.

**Esther Caviola** schlägt namens der SP-Fraktion Walter Fehr vor.

Im ersten Wahlgang erreichen das absolute Mehr und sind gewählt:

Mike Bader	20 Stimmen
Fehr Walter	17 Stimmen
Langhart Thomas	14 Stimmen

Das absolute Mehr verpasst und nicht gewählt ist:

Bruno Basler	10 Stimmen
--------------	------------

Folgende Sektoren werden den Stimmzählern zugewiesen:

Mike Bader:	SVP und Thomas Langhart
Walter Fehr:	FDP und Gemeinderatsbüro ohne Stimmzähler
Thomas Langhart:	SP/Grüne/EVP

### e) Wahlen in Fachkommissionen

Als abtretende Präsidentin hat Rosa Pfister wieder in eine Kommission Einsitz zu nehmen. Die IFK kann gemäss **Andrea Schmidhauser** keinen Wahlvorschlag unterbreiten.

**Esther Caviola** beantragt namens der SP-Fraktion, Rosa Pfister der RPK zuzuteilen und Willy Wüthrich in die Fachkommission IV zu versetzen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

**Alfred Schmid** spricht sich namens der FDP-Fraktion gegen eine Versetzung von Willy Wüthrich aus, denn die Vakanz entstehe in der Fachkommission IV, nicht in der RPK. Willy Wüthrichs Fachkompetenz lasse keine Zweifel offen. Er beantrage, dass die entstandene Lücke in der Fachkommission IV durch Rosa Pfister geschlossen werde.

**Andrea Schmidhauser** findet, es könne nicht sein, dass Willy Wüthrich gegen seinen Willen in die Fachkommission IV versetzt werde. Die SP müsse Hand für eine Lösung bieten, wenn sie Rosa Pfister in die RPK wolle.

**Edith Planta** fügt an, dass die SP mit zwei Mitgliedern in der Fachkommission IV vertreten wäre, würde Rosa Pfister auch in die Fachkommission IV gewählt. Der angestrebte Parteienproporz in den Kommissionen wäre nicht mehr gegeben.

**Willy Wüthrich** bestätigt, dass er gerne in der RPK bleiben möchte. Er habe kein Verständnis, dass die FDP zum Spielball werde, nachdem seine Partei bei der Präsidentenwahl in die Presche gesprungen sei. Er beantragt, Rosa Pfister in die RPK aufzunehmen und stattdessen Peter Fehr von der RPK in die Fachkommission IV zu versetzen.

**Edith Planta** schlägt ein Timeout vor, um die Anträge zu beraten.

- 5 Minuten Pause -

### Abstimmung:

Abstimmung über die drei sich gegenseitig ausschliessenden Anträge, wobei nur eine Stimme abgegeben werden darf. Der Antrag, der das absolute Mehr erreicht, gilt als angenommen. Erreicht kein Antrag das absolute Mehr, so scheidet derjenige Antrag mit der geringsten Stimmzahl aus.

Ergebnis:

- a) Auf den Antrag, Rosa Pfister-Kempf der RPK zuzuteilen und Willy Wüthrich in die Fachkommission IV zu versetzen entfallen 13 Stimmen.
- b) Der Antrag, Rosa Pfister-Kempf in die Fachkommission IV zu versetzen enthält keine Stimme.
- c) Auf den Antrag, Rosa Pfister-Kempf der RPK zuzuteilen und Peter Fehr in die Fachkommission IV zu versetzen entfallen 11 Stimmen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

In der der darauf folgenden Gegenüberstellung der Anträge a) und c) entfallen 13 Stimmen auf Antrag a) und 11 Stimmen auf Antrag c). Antrag a) gilt somit als angenommen.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

Rosa Pfister-Kempf wird der RPK zugeteilt und Willy Wüthrich wird von der RPK in die Fachkommission IV versetzt.

Traktandum 3

### **Postulat Priska Studer-Hinnen und Mitunterzeichner betr. Wegwerfen von Kleinabfällen - Begründung**

---

Priska Studer-Hinnen und Mitunterzeichner reichten mit Datum 15. Januar 2007 (eingegangen am 12. März 2007) ein Postulat mit folgendem Wortlaut ein:

„Der Stadtrat wird eingeladen, Art. 52 der Polizeiverordnung vom 10. Mai 1995 mit folgenden Ergänzungen zu prüfen:

Kleinabfälle wie Flaschen, Dosen, Papier, Verpackungen, Essenresten dürfen ausserhalb der dafür bestimmten Abfallbehälter weder zugelassen, weggeworfen noch abgelagert werden.

Untersagt ist ebenso das Wegwerfen von Kleinabfällen und Raucherwaren aus Fahrzeugen auf öffentlichen Grund.

Das Spucken auf öffentlichem Grund und auf öffentlich zugänglichem Grund ohne Not ist untersagt.“

**Priska Studer-Hinnen** begründet das Postulat heute wie folgt:

„Ganz so sauber, wie es immer heisst, ist die Schweiz nicht. Abfall fallen zu lassen wo man geht und steht, ist mittlerweile ein beliebter Volkssport geworden. Immer mehr Abfälle landen achtlos weggeworfen oder illegal entsorgt auf Strassen, öffentlichen Plätzen oder in der Natur. Die falsche Entsorgung wirkt sich negativ auf die öffentliche Ordnung aus, führt zu erhöhten Kosten bei den Reinigungsdiensten und reduziert die Lebensqualität. Littering bezeichnet die Verunreinigung von Strassen, Plätzen, Parkanlagen oder öffentlichen Verkehrsmitteln durch liegen gelassene Abfälle. Auch wenn nur kleine Mengen von Abfällen auf dem Boden liegen bleiben, so empfindet doch die grosse Mehrheit der Bevölkerung dies als störend. Das Littering beeinträchtigt auch das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum und kann dem Ruf eines Ortes schaden. In einer repräsentativen Meinungsumfrage wollte man wissen, welche Abfallsünder gebüsst werden sollen. 81 % der Befragten waren gemäss Umfrage dafür, dass gebüsst wird, wer Hundekot nicht aufhebt. 75 % woll-



## Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

te büssen, wer Verpackungen wegwirft, 56 %, wer Zigaretten einfach wegschnippt, 50 %, wer Kaugummi wegwirft und 39 %, wer auf den Boden spuckt. Lediglich 6 % der Befragten wollten keine dieser „Abfallsünden“ büssen. Vor drei Jahren untersuchte die Universität Basel 16 stark frequentierte Plätze, Strassen und Parkanlagen in Basel, Bern, Zürich, Luzern, Lausanne und Illnau-Effretikon. Sie stellte fest, dass 30 % des anfallenden Abfalls nicht im Kübel, sondern auf dem Boden landen. Regional gab es allerdings grosse Unterschiede. In Basel etwa wurden fast 70 % des Abfalls liegen gelassen, obschon praktisch alle nahen Kübel halb leer waren. Vom Littering besonders betroffene Gebiete und Standorttypen:

- Party- und Unterhaltungszonen (Ausgangstreffpunkte mit Unterhaltungs- und Verpflegungsangebot);
- Durchgangspassagen (Bahnhofplätze, weitläufige Tram- oder Busstationen, zentrale Strassen, meist mit vorhandenem Verpflegungsangebot);
- Picknick-Plätze, Spazierwege, Freizeitbereich mit Aufenthaltsmöglichkeiten;
- Öffentliche Verkehrsmittel: Bus, Tram, S-Bahn, Bahn;
- Verkehrswege: Autobahnen, Kantons- und Hauptstrassen, Bahndämme.

Häufig wird den Jugendlichen die Schuld in die Schuhe geschoben. Doch alle Altersschichten lassen Abfall liegen. Es sind die veränderten Ess- und Lebensgewohnheiten, die zur Verschmutzung beitragen. Da die Arbeitswege länger und die Mittagspausen kürzer geworden sind, wird im Freien gegessen. Die zunehmende „fliegende“ Verpflegung lässt die Berge von Strassenabfällen wachsen. Auch wenn in der unmittelbaren Umgebung genügend Abfallkübel zur regulären Entsorgung vorhanden sind, werden viele Abfälle gedankenlos auf den Boden geworfen. Fast-Food-Verpackungen machen mit rund 52 % mehr als die Hälfte der Abfallberge aus. Die Ursachen des Littering sind vielfältig:

- veränderte Konsum- und Ernährungsgewohnheiten;
- Bequemlichkeit, Individualismus und schwindende Rücksichtnahme im öffentlichen Raum;
- verändertes Freizeitverhalten;
- wachsende Zahl von Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen usw.

Littering ist zu einem spontanen Akt geworden, unbewusst, ein Automatismus. Die Erwachsenen werfen das Zeug einfach weg, und die Kinder machen es nach.

Spucken etwa hat sich zu einer richtigen Unart entwickelt. Wer hat es nicht auch schon erlebt. Da steht man an einer Bushaltestelle oder auf dem Perron am Bahnhof, und es „choderet“ Ihnen ein Nebestehender vor die Füsse. Und keiner getraut zu reklamieren. Die Schweizer haben keine Zivilcourage mehr, man mischt sich nicht ein, es sagt niemand: „Hey, benehmen Sie sich bitte.“ Irgendwie müssen wir diese Entwicklung umkehren. Das Entsorgen des Abfalls ist teuer. Allein die Strassenreinigung in allen Schweizer Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnern kostet laut Schätzung des Schweizerischen Städteverbandes rund 500 Mio. Franken pro Jahr. Davon sind ca. 20 % durch das Littering bedingt. Laut BUWAL sind nicht nur die finanziellen Folgen des Littering



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

beträchtlich, auch die Umwelt leidet darunter: So benötigt ein in der Natur entsorgter Kaugummi fünf Jahre, bis er abgebaut ist, ein Plastikbecher sogar mehr als 100 Jahre. Aus Sicht der Abfallverwertung ist das Littering problematisch, denn der Grossteil dieser Abfälle, darunter PET-Flaschen, Zeitungen oder Alu-Getränkedosen, liessen sich einwandfrei recyklieren. Grund genug also, sich gemeinsam mit Partnern gegen das Littering einzusetzen. Singapur und Amerika leben es uns schon lange vor. Deutschland und Österreich sind dabei, ein grosses Littering-Projekt aufzuziehen. Wallisellen lebt es uns vor mit bisher sehr guten Reaktionen aus der Bevölkerung. Das können wir Bülacher doch auch! Wir sind doch stolz auf unsere Stadt und wollen sie sauber halten. Ich bitte Sie daher, der Überweisung des Postulats zuzustimmen."

**Stadtrat Jürg Hintermeister** ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

**Matthias Schwank** befürwortet das Postulat, beantragt aber, den Passus betr. Spucken rauszunehmen, denn er befürchtet Schwierigkeiten beim Vollzug. Die Frage sei, was man mit Gesetzen regle und was eine Erziehungsfrage sei. Die Polizei solle ihre Prioritäten auf die Verkehrssicherheit legen und nicht auf das Bestrafen von Spuckern. Ausserdem werde dort die Autorität untergraben, wo man mit dem Vollzug Probleme habe. Das „ohne Not“ sei schwierig zu überprüfen. Müsse die Polizei jeden anhalten und büssen, der auf den Boden spucke, stelle sich die Frage der Verhältnismässigkeit. Er empfehle, bei solchen Formulierungen Mass zu halten.

**Stephan Blättler** meint, man solle nicht schon über Details diskutieren. Ein Postulat sei keine Initiative mit fertig ausgearbeitetem Text. Der Stadtrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen und werde Bericht und Antrag stellen. Dort sei dann Gelegenheit, die berechtigten Forderungen zur Verhältnismässigkeit zu diskutieren. Er sei der Meinung, man solle das Postulat ohne Änderung überweisen.

**Priska Studer-Hinnen** hält am Postulat in der eingereichten Form fest.

Das Postulat wird anschliessend (ohne Abstimmung) für überwiesen erklärt.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Das Postulat Priska Studer-Hinnen vom 15. Januar 2007 wird an den Stadtrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

2. Frist für die Berichterstattung: 16. Oktober 2007 (Art. 46 Abs. 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)
3. Mitteilung an Stadtrat

Traktandum 4

### **Postulat Fritz Münger und Mitunterzeichnerin betr. Kulturkonzept – Begründung**

---

Fritz Münger und eine Mitunterzeichnerin reichten am 2. April 2007 ein Postulat mit folgendem Wortlaut ein:

„Der Stadtrat ist eingeladen, die Erarbeitung eines Kulturkonzepts zu prüfen, welches unter anderem auch die bisherigen Leistungen von Guss 81–80 berücksichtigt.“

**Fritz Münger** begründet das Postulat heute wie folgt:

„Mit dem Nein zu Guss 81–80 hat der Gemeinderat Bülach in Bezug auf das Begegnungszentrum einen Scherbenhaufen hinterlassen. Es besteht dringend Handlungsbedarf. Wer hat noch den Überblick über das kulturelle Schaffen in der Stadt Bülach? Sind die Bedürfnisse der Bevölkerung sowie der potenziellen Neuzuzüger/Innen abgedeckt? Nicht erst seit der letzten Gemeinderatssitzung ist der Bereich Kultur undurchsichtig. Schon in den vergangenen Jahren sind die Fragen zur Kultur vom Stadtrat nicht befriedigend beantwortet worden. Nach dem Nein zum Kulturzentrum Guss 81–80 steht fest, dass für den ganzen komplexen Bereich Transparenz geschaffen und neue Wege eingeleitet werden müssen. Es bestehen Transparenzmängel über die bestehenden Strukturen bzw. über die finanziellen und infrastrukturellen Unterstützungen in diesem Bereich. Es bestehen keine klaren Grundlagen des städtischen Kulturwesens. Dringend erforderlich sind verbindliche und somit auch überprüfbare Aussagen zur Kulturpolitik. Ich bin nicht der einzige, der das verlangt. Am 12. März ist diese Forderung quer durch alle Parteisprecherinnen und –sprecher sowie von Finanzvorstand Walter Baur gestellt worden. Es geht nun darum, dass der Stadtrat uns seine Vorstellungen über ein Kulturkonzept präsentieren wird.“

Bei **Stadtpräsident Walter Bosshard** rennt man mit dem Postulat offene Türen ein. Die Kulturkommission habe die Grundlagen für ein Leitbild erarbeitet und sich mit den Strukturen befasst. Dann habe man die Grundlage gelegt für den guten Kontakt zu den Kulturvereinen. Morgen finde ein erster Anlass statt mit allen Vereinen, die kulturell aktiv seien. Man werde dort über den Stand des Kulturkonzepts informieren. Jeder Institution werde ein Mitglied der Kulturkommission zugeteilt als Ansprechperson. Auf diesen Grundlagen werde das Kulturkonzept in Angriff genommen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

**Andrea Schmidhauser** beantragt Ablehnung aus verschiedenen Gründen. Das Thema brenne und die FDP fordere auch ein Kulturkonzept. Ein Postulat sei für den Stadtrat zuwenig verbindlich, deshalb habe man eine Motion eingereicht. Ausserdem störe sie die Vermischung von Kultur, Jugend und Integration. Sie fordere ein umfassendes Kulturkonzept. Darin sollten die kulturellen Leistungen von Guss abgedeckt werden, nicht aber die Integration und die Jugend. Ebenfalls verlange die Motion, die finanziellen Leistungen zu regeln.

**Andrea Spycher** erklärt, die SVP-Fraktion habe an der letzten Sitzung betont, dass die Erstellung eines Kulturkonzepts ein Muss sei. Das Postulat entspreche aber nicht deren Ansichten. Wie erwähnt dürften die Leistungen des Guss nicht als gegeben betrachtet werden, sondern sie seien im Rahmen des Kulturbudgets MD-2 und dessen Wirkungszielen zu berücksichtigen. Deshalb lehne die Fraktion das Postulat ab und unterstütze die heute eingereichte Motion.

**Matthias Schwank** dankt der SP für den Vorstoss. Es sei müssig zu streiten, ob die Motion oder das Postulat das bessere Instrument sei. Das Postulat gehe schneller und der verpflichtende Charakter der Motion sei kein schlagendes Argument, weil der Stadtrat das Konzept ja erstellen wolle. Er stelle aber den Antrag, den Postulatstext wie folgt zu ändern: *„Der Stadtrat wird eingeladen, die Erarbeitung eines Kulturkonzepts zu prüfen, welches eine ausführliche Bestandesaufnahme, Ziele, Leitlinien, Grundsätze der Kulturförderung, Strategien und Massnahmen enthält. Einzubeziehen sind bei der Erarbeitung (in geeigneter Form) die Bevölkerung, die politischen Instanzen und die Kulturschaffenden.“* Er wünsche diese Präzision, weil nicht allen klar sei, was ein Kulturkonzept sei. Es sei nicht das Festlegen, wer wie viel Geld bekomme. Wichtiger sei der Prozess. Dazu gehörten die Bestandesaufnahme, das Formulieren der Ziele und Leitlinien, das Festlegen der Grundsätze und anschliessend das Entwickeln der Strategien und das Festlegen konkreter Massnahmen zur Umsetzung. Der Stadtrat solle dies nicht im stillen Kämmerlein tun, sondern er solle Experten beiziehen und die Bevölkerung einbeziehen. In anderen Gemeinden sei das Kulturkonzept von Experten geschrieben worden. Das koste etwas Geld und dazu sage man auch Ja, wenn man ein Kulturkonzept wolle.

**Jakob Briner** fragt, ob der Guss auch zu dem vom Stadtpräsidenten erwähnten Anlass eingeladen worden sei.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** bestätigt, dass alle Vereine des IGBV, die mit Kultur zu tun hätten, eingeladen worden seien, auch der Guss. Es werde ein gutes Kulturkonzept geben, auch den Profi habe man sich bereits ausgedacht.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

**Fritz Münger** erklärt sich einverstanden, dass das Postulat im Sinne von Matthias Schwank abgeändert wird.

In der Abstimmung wird das abgeänderte Postulat mit 13 : 11 Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Das Postulat Fritz Münger vom 15. Januar 2007 wird mit dem geänderten Text  
*„Der Stadtrat wird eingeladen, die Erarbeitung eines Kulturkonzepts zu prüfen, welches eine ausführliche Bestandesaufnahme, Ziele, Leitlinien, Grundsätze der Kulturförderung, Strategien und Massnahmen enthält. Einzubeziehen sind bei der Erarbeitung (in geeigneter Form) die Bevölkerung, die politischen Instanzen und die Kulturschaffenden“*  
dem Stadtrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.
2. Frist für die Berichterstattung: 16. Oktober 2007 (Art. 46 Abs. 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)
3. Mitteilung an Stadtrat

Traktandum 5

### **Interpellation Jakob Briner und Mitunterzeichner betr. Pflegezentrum Bülach – Begründung**

Jakob Briner und Mitunterzeichner reichten am 5. April 2007 eine Interpellation ein mit folgendem Wortlaut: „Im Zusammenhang mit der auf den 19. April 2007 verschobenen ausserordentlichen Delegiertenversammlung des Krankenheimverbandes Zürcher Unterland und dem Antrag der Betriebskommission, die Projektierungsarbeiten am Pflegezentrum Bülach einzustellen und stattdessen der Auslösung der Projektierung eines neuen Pflegezentrums in Embrach zuzustimmen, stellen sich folgende Fragen, da dieser Antrag in der Bülacher Bevölkerung verständlicherweise grosse Besorgnis ausgelöst hat:

1. Wie stellt sich der Stadtrat zu diesem Antrag?
2. Welches wären die Auswirkungen eines solchen Entscheides auf die Betreuung alter Menschen in Bülach?



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

3. Welche Möglichkeiten bestehen nach einer allfälligen Zustimmung der Delegiertenversammlung zu einem solchen Antrag, die Pflege alter Menschen in Bülach sicherzustellen?"

**Jakob Briner** begründet den Vorstoss wie folgt: Als vor 20 Jahren der KZU gegründet worden sei, sei rasch klar gewesen, dass es zwei Zentren brauche. Als erster Standort sei im südlichen Teil des Bezirks das „Bächli“ in Bassersdorf gebaut worden. Bülach habe dem auch zugestimmt und 5 Mio. Franken beigesteuert. Zu jener Zeit habe es die klare Zusage gegeben, dass das zweite Zentrum in den Norden nach Bülach komme. Die Planung des Bülacher Zentrums sei dann auch an die Hand genommen worden, mit dem Ziel das Heim 2012 bezugsbereit zu haben. An der Delegiertenversammlung vom 9. November sei dann informiert worden, dass aufgrund der Warteliste als Übergangslösung ein Ausbau von 24 auf 70 Betten nötig sei und man diese in leerstehenden Pavillons in Embrach realisieren wolle. Man habe auch informiert, die Gesundheitsdirektion sei interessiert, weitere leerstehende Pavillons zur Verfügung zu stellen und man werde die Entscheidungsgrundlagen erarbeiten. Es sei aber nach wie vor ein Neubau in Bülach vorgesehen. Anfangs Jahr sei dann bekannt geworden, dass man auf den Neubau verzichten wolle. Den Delegierten sei am 30. Januar 2007 mitgeteilt worden, dass an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 22. März die Projekte vorgestellt würden und man die relevanten Unterlagen rechtzeitig zugestellt erhalten werde. Das sei dann aber nicht der Fall gewesen. Erst am 9. März habe man die Unterlagen erhalten. Das sei zum einen ein Vorprojekt von Bülach gewesen und zum anderen eine Machbarkeitsstudie von Embrach. Am Brisantesten sei der Antrag der Betriebskommission der laute, die Projektierungsarbeiten am Pflegezentrum Bülach einzustellen und die aufgelaufenen Projektierungskosten abzurechnen und die Planung in Embrach auszulösen. So könne das nicht gehen. Ein Entscheid von dieser Tragweite dürfe nicht überstürzt gefällt werden und schon gar nicht von den drei Delegierten alleine, ohne dass in der betroffenen Bevölkerung, der Legislative und in der Exekutive eine Diskussion stattgefunden habe. Dies sei der Grund für die Interpellation gewesen. Er wolle dem Stadtrat Gelegenheit für eine klare Stellungnahme geben und den Gemeinderat auf diese wichtige Frage aufmerksam machen. Er danke für die grosse Unterstützung seiner Interpellation, sämtliche Ratsmitglieder hätten unterschrieben. Auch sei erfreulich, wie viele Leute in den letzten acht Tagen die Petition unterzeichnet hätten.

**Stadtrat Mark Eberli** beantwortet die Interpellation wie folgt.

„Der Stadtrat möchte zu diesem Zeitpunkt keinen solchen richtungweisenden Entscheid fällen müssen. Die Sitzung vom 22. März wurde zwar abgesagt, dann aber erneut kurzfristig auf den 19. April angesetzt. Wir meinen, auch dies ist zu kurz für den Meinungsbildungsprozess und wir verlangten eine Verschiebung bis Juni oder später. Die erneute Einladung auf den 19. April veranlassete die Kreisgemeinden sowie sechs weitere Gemeinden im Norden des Bezirks, den folgenden Antrag zu stellen:



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

- An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 19. April 2007 wird kein Entscheid über den Standort des neuen Pflegeheimes gefällt. Die Betriebskommission des KZU wird beauftragt, weitere Varianten für eine wirtschaftliche, dezentrale Versorgung des Verbandsgebietes mit Pflegebetten gemäss Begründung zu diesem Antrag zu prüfen.

Sollte der erste Antrag nicht genehmigt werden, wird folgender Antrag gestellt:

- An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 19. April 2007 wird kein Entscheid über den Standort des neuen Pflegeheimes gefällt. Die unterzeichnenden Gemeinden prüfen bis zum 30. September 2007 mögliche Alternativen und unterbreiten diese der Delegiertenversammlung des KZU zur weiteren Beschlussfassung.

Als prüfungswürdige Alternative erscheint den unterzeichnenden Gemeinden eine Dezentralisierung des KZU-Angebots. Neben dem Krankenhaus in Bassersdorf könnte ein zweiter Standort in Embrach mit einer betriebswirtschaftlich sinnvollen Grösse, aber kleiner als im vorliegenden Projekt, geplant werden, ergänzt mit einem weiteren Angebot in Bülach, mit dem dann der zusätzliche Bettenbedarf der Kreisgemeinden abgedeckt würde. Dabei bieten sich betriebswirtschaftlich interessante Möglichkeiten in der Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Institutionen in Bülach, die unbedingt geprüft werden sollten, bevor ein Standortentscheid für ein Grosspflegeheim in Embrach gefällt wird. Selbstverständlich muss auch das bestehende Projekt in Bülach überarbeitet werden. Unser Bestreben ist es, dass eine für alle Zweckverbandsgemeinden annehmbare Lösung gefunden wird, ohne zu riskieren, dass möglicherweise einzelne Gemeinden den Zweckverband verlassen, weil sie sich mit dem Standort Bülach oder Embrach nicht einverstanden erklären können. Ich möchte betonen, dass es uns nicht darum geht, den Standort Embrach zu bekämpfen. Es ist mir wichtig, dass wir Zeit haben, nach Alternativen zu suchen. Es ist wichtig, dass dem Entscheidungsfindungsprozess genügend Zeit eingeräumt wird. Ich hoffe, es gelingt uns, eine Win-Win-Situation zu erreichen, im Idealfall eine Variante „Embrach light“ und „Bülach light“. Eine erste Prüfung hat nämlich ergeben, dass die Projekte in baulicher, betriebswirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht wesentliche Schwachstellen haben. Zudem bin ich der Überzeugung, dass niemand etwas verliert, wenn die Delegiertenversammlung den Entscheid vertagt. Ich befürchte jedoch einen Flurschaden, wenn die Meinung von elf Verbandsgemeinden nicht ernst genommen wird.

### *Auswirkungen auf die Betreuung alter Menschen in Bülach*

Die Auswirkungen eines solchen Entscheides kann ich heute nicht abschätzen. Die bereits entstandene Dynamik deutet auf einen schwierigen Weg hin. Für die Betreuung von stark pflegebedürftigen Menschen würde dies weiterhin einen Wegzug aus der gewohnten Umgebung bedeuten. Das "alte Versprechen" würde nicht eingelöst.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

### *Möglichkeiten, die Pflege in Bülach sicherzustellen*

Es müsste meines Erachtens der Ausbau von Pflegebetten in Bülach geplant werden. Zudem wäre ein verstärkter Ausbau der Spitex nötig. Man darf jedoch nicht Alterspflegeplätze mit einem spezialisierten Krankenhaus verwechseln. Es wird leider immer Personen geben, die aus medizinischen Gründen nicht mehr in einem Altersheim bleiben können, sondern in ein Krankenhaus verlegt werden müssen. Genügend Pflegeplätze könnten mit einem „nur Embrach Entscheid“ in Bülach vorerst nicht angeboten werden.“

**Der Interpellant** erklärt sich mit der Antwort zufrieden.

Es wird keine Diskussion verlangt.

Traktandum 6

### **Einbürgerungsgesuche**

---

#### **a) Speranza-Pandolfo Giovanni und Maria Immacolata (Italien)**

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** einstimmig, bei einer Enthaltung:

1. Speranza, Giovanni und dessen Ehefrau Speranza geb. Pandolfo, Maria Immacolata, italienische Staatsangehörige, Niederflachs 3, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
  - a) Giovanni und Maria Speranza-Pandolfo, Niederflachs 3, 8180 Bülach
  - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

### **b) Bajra-Sakiri, Spetim und Scipe mit Rexhep und Mikail (Mazedonien)**

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** einstimmig, bei einer Enthaltung:

1. Bajra, Spetim und dessen Ehefrau Bajra, geb. Sakiri, Scipe sowie deren Kinder Bajra Rexhep, und Bajra, Mikail, mazedonische Staatsangehörige, Kasernenstrasse 90, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
  - a) Spetim und Scipe Bajra, Kasernenstrasse 90, 8180 Bülach
  - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

### **c) Nayir Esma und Okan, mit Eylem und Arda (Türkei)**

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** einstimmig, bei einer Enthaltung:

1. Esma Nayir und deren Ehemann Okan Nayir sowie deren Kinder Eylem Nayir und Arda Nayir, türkische Staatsangehörige, Berglistrasse 28c, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
  - a) Familie Esma und Okan Nayir, Berglistrasse 28c, 8180 Bülach
  - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

### **d) Ramic-Sljivar, Hase und Seka, mit Nejla und Amar (Bosnien und Herzegowina)**

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** einstimmig, bei einer Enthaltung:

1. Ramic, Hase und dessen Ehefrau Ramic geb. Sljivar, Seka sowie deren Kinder Ramic, Nejla und Ramic, Amar, Fabrikstrasse 4, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
  - a) Seka und Hase Ramic-Sljivar, Fabrikstrasse 4, 8180 Bülach
  - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

### **e) Zivanovic-Milojkovic, Vladan und Ivana, mit Jovana und Stefan (Serbien und Montenegro)**

Auf Antrag der Bürgerrechtskommission **beschliesst der Gemeinderat** einstimmig, bei einer Enthaltung:

1. Zivanovic, Vladan und dessen Ehefrau Zivanovic geb. Milojkovic, Ivana sowie deren Kinder Zivanovic, Jovana und Zivanovic, Stefan, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Gartematt 14, Bülach, werden gegen Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr gemäss Art. 12 der Bürgerrechtsverordnung der Stadt Bülach von Fr. 1'600.00 und unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechtes und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung in das Bürgerrecht der Stadt Bülach aufgenommen.
2. Mitteilung an:
  - a) Ivana und Vladan Zivanovic, Gartematt 14, 8180 Bülach
  - b) Amt für Gemeinden, Abteilung Einbürgerungen, Feldstrasse 40, Postfach, 8090 Zürich

**Der Vorsitzende** verdankt die Arbeit der Bürgerrechtskommission, deren Aufgaben mit der heutigen Sitzung beendet sind. Fortan entscheidet der Stadtrat über alle Einbürgerungsgesuche. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass das Büro des Gemeinderates die Geschäftsordnung entsprechend angepasst und die Bürgerrechtskommission aus der Geschäftsordnung gestrichen hat. Eine



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

Abstimmung im Rat erübrige sich, da es sich um den Nachvollzug von übergeordnetem Recht handle.

Traktandum 7

### **Information zum Thema Extranet für den Gemeinderat**

---

**Stadtschreiber-Stellvertreter Christian Mühlethaler** und **Peter Baumgartner** von der Firma Prokotec informieren über das Extranet, das dem Gemeinderat ab Ende nächster Woche zur Verfügung stehen wird. Es wird auf die beiliegende Präsentation verwiesen. Das Extranet ist ein für alle Beteiligten neues Instrument, folglich muss es gemeinsam weiterentwickelt werden. Im Moment ist das Extranet auf PC-Benutzer ausgerichtet, doch arbeitet man an einer Lösung, damit auch Mac-Benutzer das Extranet nutzen können.

Traktandum 8

### **Fragen an Kommissionen und Stadtrat**

---

**Andrea Schmidhauser** richtet folgende Frage an Stadtrat Max Nievergelt: „Am 25. Oktober 2004 hat der Gemeinderat den auf sechs Jahre befristeten Betrieb für familienergänzende Tagesbetreuungsstrukturen für Kinder im Kindergarten- und Primarschulalter bewilligt. Mit dem Gemeinderatsbeschluss wurde der Stadtrat aber auch verpflichtet, den Gemeinderat jährlich zu informieren. Seit der Kreditgenehmigung sind zweieinhalb Jahre vergangen und der Gemeinderat hat noch keine Information vom Stadtrat erhalten. Der Presse vom 4. April 2007 hingegen konnten wir entnehmen, dass der Verein „Mittagstisch“ erfolgreich agiert. Wann gedenkt der Stadtrat den Gemeinderat zu informieren, resp. einen Zwischenbericht zu erstatten? Weshalb hat der Stadtrat dem Gemeinderat bisher keine jährlichen Zwischenberichte vorgelegt?“

Gemäss **Stadtrat Max Nievergelt** bestand die Absicht, dies mit der Rechnung und dem Geschäftsbericht zu tun. Aufgrund der heutigen Anfrage werde er jedoch gerne an der nächsten Sitzung informieren. Es sei das erste Mal, dass man Bericht erstatten könne. Zuerst habe das Behördenreferendum den Mittagstisch verzögert, anschliessend habe man Zeit für die Vorbereitungen benötigt, so dass man erst am 9. Januar 2006 mit dem Projekt habe starten können. An der Mitgliederversammlung vom 29. März 2007 sei nun das erste Geschäftsjahr verabschiedet worden.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

Traktandum 9

### Diverses

---

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** informiert über die Begegnungszone Altstadt. Der Gemeinderat habe einen Kredit von 1,5 Mio. Franken für die Sanierung in 4 Etappen bewilligt. Man habe aufgrund der Abrechnung der ersten Etappe feststellen müssen, dass der Kredit nicht eingehalten werden könne. Man habe bei der ersten Etappe wider Erwarten ganze Fundationsschichten abtragen und ersetzen müssen. Ebenfalls habe man diverse Fundamente wegsputzen müssen, was die Kosten verteuerte. Die zweite Etappe sei nun bedeutend problemloser. Er rechne mit Mehrkosten von 20 bis 30 %, was im Rahmen der Ungenauigkeiten eines Kostenvoranschlags liege. Er werde das Parlament über den weiteren Verlauf informieren.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** dankt Rosa Pfister für gute Arbeit als Gemeinderatspräsidentin. Er gratuliert allen Neugewählten, besonders Jürg Rothenberger zum Präsidium und zu seinem heutigen 55. Geburtstag. Ausserdem gratuliert er Markus Wobmann, der heute ebenfalls seinen Geburtstag feiern kann.

**Esther Caviola** erinnert an das Fussballturnier vom 29. Juni. Anmeldungen seien immer noch willkommen.

**Stadtrat Walter Baur** gibt zum hängigen Postulat von Priska Studer-Hinnen betr. Skateranlage einen Zwischenbericht ab. Man habe in der Jugendkommission das ganze Freizeitangebot überprüft und festgestellt, dass eine Skateranlage nicht höchste Priorität habe. Ein weiterer Grund für die Verzögerung sei, dass beim Projekt Erachfeld die Unterbringung von Trendsportarten geprüft werde und ausserdem gebe es nun mit dem „Midnight-Sports“ gute Alternativen.

**Andrea Schmidhauser** ersucht das Gemeinderatsbüro abzuklären, ob man jemanden gegen seinen Willen in eine andere Kommission versetzen könne. Willy Wüthrich sei auf vier Jahre in die RPK gewählt worden.

**Der Vorsitzende** nimmt diese Bemerkung entgegen und gibt seitens des Gemeinderatsbüros folgende Informationen ab:

- Mit Beschluss Nr. 35 vom 21. Februar 2007 hat der Bezirksrat die Beschwerde eines Bülacher Stimmberechtigten gegen den Gemeinderatsbeschluss zum Rahmenkredit von Fr. 750'000 für die Planung „Erachfeld/Gringlen“ abgewiesen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

- Die Familie, deren Einbürgerungsgesuch sowohl vom Gemeinderat wie vom Bezirksrat abgelehnt worden ist, hat den Entscheid an den Regierungsrat weitergezogen. Das Gemeinderatsbüro ist aufgefordert, die Vernehmlassung bis 27. April 2007 zu erstatten.
- Am Mittwoch, 21. November 2007, 19.00 Uhr, organisieren Stadtrat Max Nievergelt, Stadtweibel Gino Taiana und Ratssekretär Roger Suter unter dem Patronat des städtischen Personalverbands ein Preisjassen (Schieber mit zugelostem Partner). Zu diesem Anlass sind alle Mitarbeitenden, alle pensionierten Angestellten der Stadt und sämtliche Politiker/Innen herzlich eingeladen. Eine persönliche Einladung folgt noch.

**Andrea Schmidhauser** lädt namens der FDP-Fraktion alle zu einem Apéro ins Spital Bülach ein, um mit Jürg Rothenberger auf das Präsidialjahr anzustossen.

### Rechtsbelehrung

**Die Vorsitzende** verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf seine ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Bülach, 24. April 2007

Für die Richtigkeit:

Roger Suter, Ratssekretär

Geprüft:

Rosa Pfister-Kempf  
abtretende Präsidentin

Jürg Rothenberger  
neuer Präsident

Stefan Schnegg  
1. Vizepräsident



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 16. April 2007  
Sitzung vom

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderates
- Mitglieder des Stadtrates
- Stadtschreiberin
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretär
- Protokollsammlung